

18.05.2017

Welche deutschen EU-Abgeordneten haben die von der EU-Kommission vorgeschlagene Liste von Drittländern mit hohem Risiko von Geldwäsche zurückgewiesen, weil wichtige Steueroasen fehlen?

Grün wirkt!

Welche deutschen Europaabgeordneten haben die von der EU-Kommission vorgeschlagene Liste von Drittländern mit hohem Risiko von Geldwäsche zurückgewiesen, weil wichtige Steueroasen fehlen?

Burkhard BALZ	CDU	👉	Reimer BÖGE	CDU	👉	Elmar BROK	CDU	👉	Daniel CASPARY	CDU	👉
B. COLLIN-LANGEN	CDU	👉	Albert DESS	CSU	👉	Christian EHLER	CDU	👉	Markus FERBER	CSU	👉
Karl-Heinz FLORENZ	CDU	👉	Michael GAHLER	CDU	👉	Jens GIESEKE	CDU	👉	Ingeborg GRÄSSLE	CDU	👉
Monika HOHLMEIER	CSU	👉	Peter JAHR	CDU	👉	Dieter-L. KOCH	CDU	👉	Werner KUHN	CDU	👉
Werner LANGEN	CDU	👉	Peter LIESE	CDU	👉	Norbert LINS	CDU	👉	David MCALLISTER	CDU	👉
Thomas MANN	CDU	👉	Angelika NIEBLER	CSU	👉	Markus PIEPER	CDU	👉	G. Q.-ROWOHL	CDU	👉
Herbert REUL	CDU	👉	Sven SCHULZE	CDU	👉	Andreas SCHWAB	CDU	👉	Renate SOMMER	CDU	👉
Sabine VERHEYEN	CDU	👉	Axel VOSS	CDU	👉	Manfred WEBER	CSU	👉	Rainer WIELAND	CDU	👉
Hermann WINKLER	CDU	👉	Joachim ZELLER	CDU	👉						
Udo BULLMANN	SPD	👉	Ismail ERTUG	SPD	👉	Knut FLECKENSTEIN	SPD	👉	Evelyne GEBHARDT	SPD	👉
Jens GEIER	SPD	👉	Iris HOFFMANN	SPD	n.a.	Petra KAMMEREVERT	SPD	👉	S.-Y. KAUFMANN	SPD	👉
Arndt KOHN	SPD	👉	Dietmar KÖSTER	SPD	n.a.	Constanze KREHL	SPD	👉	Bernd LANGE	SPD	👉
Jo LEINEN	SPD	👉	Arne LIETZ	SPD	👉	Susanne MELIOR	SPD	👉	Norbert NEUSER	SPD	👉
Maria NOICHIL	SPD	👉	Gabriele PREUSS	SPD	👉	Ulrike RODUST	SPD	👉	Joachim SCHUSTER	SPD	👉
Peter SIMON	SPD	👉	Birgit SIPPEL	SPD	👉	Jutta STEINRUCK	SPD	👉	J. VON WEIZSÄCKER	SPD	👉
Martina WERNER	SPD	👉	Kerstin WESTPHAL	SPD	👉	Tiemo WÖLKEN	SPD	👉			
Jan Philipp ALBRECHT	Grüne	👉	Klaus BUCHNER	ÖDP	👉	Reinhard BÜTIKOFER	Grüne	👉	Michael CRAMER	Grüne	👉
Sven GIEGOLD	Grüne	👉	Rebecca HARMS	Grüne	👉	Martin HÄUSLING	Grüne	👉	Maria HEUBUCH	Grüne	👉
Ska KELLER	Grüne	👉	Barbara LOCHBIHLER	Grüne	👉	Julia REDA	Grüne	👉	Terry REINTKE	Grüne	👉
Helga TRÜPEL	Grüne	👉									
Fabio DE MASI	Grüne	👉	Stefan ECK	Grüne	👉	Cornelia ERNST	Grüne	👉	Thomas HÄNDEL	Grüne	n.a.
Sabine LÖSING	Grüne	👉	Martina MICHELS	Grüne	👉	Helmut SCHOLZ	Grüne	👉	Gabriele ZIMMER	Grüne	👉
Arne GERICKE	Grüne	👉	Hans-Olaf HENKEL	Grüne	👉	Bernd KÖLMEL	Grüne	👉	Bernd LUCKE	Grüne	👉
Marcus PRETZELL	Grüne	👉	Joachim STARBATTY	Grüne	👉	Beatrix von STORCH	Grüne	👉	Ulrike TREBESJUS	Grüne	👉
A. Graf LAMBSDORFF	Grüne	👉	Gesine MEISSNER	Grüne	👉	Michael THEURER	Grüne	👉	Ulrike MÜLLER	Grüne	👉
Martin SONNEBORN	Grüne	👉									
Quelle:											

Am heutigen Mittwoch hat das Europäische Parlament die von der Europäischen Kommission vorgeschlagene schwarze Liste von Drittländern mit hohem Risiko von Geldwäschepraktiken zum zweiten Mal zurückgewiesen (1). Darauf haben wir Grünen mit Erfolg hingewirkt. Damit drängt das Europaparlament darauf, dass die EU-Kommission eine eigene Bewertung vornehmen muss, welche Länder auf die schwarze Liste für unkooperative Geldwäsche-Staaten aufgenommen werden und sich nicht nur auf bereits vorliegende Einschätzungen von anderen verlassen soll (2).

Wir brauchen eine schwarze Liste, die ihren Namen verdient hat. Angesichts der jüngsten Skandale zur Finanzkriminalität darf die EU-Kommission nicht nur Schönheitskorrekturen vornehmen. Dass Steueroasen wie Panama nach wie vor nicht auf der schwarzen Liste stehen, zeigt, dass die EU-Kommission die Samthandschuhe immer noch nicht abgelegt hat. Die Hauptgefahren für saubere Finanzmärkte gehen nicht von Äthiopien oder Guyana aus, sondern von den Hauptstädten der Briefkastenfirmen wie den Britischen Jungferninseln, den Kaiman-Inseln, Panama, den britischen Kanalinseln und den mit ihnen eng verbundenen globalen Finanzzentren.

Die Task Force Finanzkriminalität braucht dringend mehr Ressourcen und Personal in der Generaldirektion Justiz und Verbraucherschutz. Justizkommissarin Jourova kann mit nur sechs Mitarbeitern den Kampf gegen Geldwäsche und Terrorismusfinanzierung nicht aufnehmen. Das Europäische Parlament hat der EU-Kommission erneut den klaren Auftrag erteilt, eigene, gründlichere und unabhängige Bewertung vorzunehmen, anstatt sich nur auf externe Informationen zu verlassen. EU-Kommissionspräsident Juncker ist jetzt am Zug, den Kampf gegen Geldwäsche zu priorisieren und die

notwendigen Ressourcen zur Verfügung zu stellen.

(1) Die Grünen/EFA-Fraktion, S&D, die Liberalen, die Linken und die 5-Sterne-Abgeordneten haben den Vorschlag zurückgewiesen. Gegen die Ablehnung hat ECR gestimmt. Bei der EVP haben sich viele Abgeordnete enthalten.

(2) Die vierte Geldwäsche Richtlinie (AMLD) aus dem Jahr 2015 gibt der EU-Kommission den Auftrag, hoch riskante Drittländer zu ermitteln. Die heute vom Europaparlament abgelehnte schwarze Liste ist die zweite überarbeitete Fassung der vorherigen Liste von Juli 2016, eine erste überarbeitete Fassung wurde bereits im Januar abgelehnt.

Die schwarze Liste für unkooperative Geldwäsche-Staaten der EU-Kommission vom Juli 2016 umfasste folgende elf Länder: Afghanistan, Bosnien, Guyana, Irak, Laos, Syrien, Uganda, Vanuatu, Jemen, Nordkorea und Iran. Durch den delegierten Rechtsakt sollte Guyana von der schwarzen Liste gestrichen und Äthiopien hinzugefügt werden. Damit bleibt die Liste eine fast identische Kopie der Vorlage der Financial Action Task Force (FATF), dem internationalen Forum, das zu Geldwäsche und Terrorfinanzierung arbeitet.

Ansprechpartner

[Malte Gallée](#)

Telefon Brüssel

+32-2-2845369

Telefon Straßburg

+33-3-88175369

Zuständige Abgeordnete

[Malte Gallée](#)